Nr. 218 * Ausgabe B Nr. 93
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 218

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 14. Mai 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Drei neue Noten des Grafen Brockdorff.

Die Annexion der deutschen Industrie.

J. S. Jetzt, nachdem die bruchstückweise Bekanntgabe des Friedensvertrags so ziemlich abgeschlossen ist, wird es erst möglich, alle die feindlichen Absichten, die in ihm eingeschlossen sind, zu verstehen. Jeder Tag, mit sorgfältiger Lektüre ausgefüllt, enthüllt neue Scheußlichkeiten. Allmählich bemerkt man, daß die einzelnen erdrückenden, beraubenden, einschnürenden Bestimmungen noch viel gefährlicher sind, als sie sich beim ersten Anschein darstellen. Denn die nachträgliche Ueberschau zeigt sie alle in einer wundervollen Harmonie, enthüllt sie als Teile eines aufs feinste durchgearbeiteten Gesamtplanes, der unseren Lebensstand rettungslos und ohne die Möglichkeit einer Reparatur in der Zukunft vernichten soll. Es ist ein Plan, der nicht auf den Wiederaufbau des verwüsteten, sondern auf die Errichtung eines neuen, größeren, anderen Frankreichs gerichtet ist, zu der alle Bausteine aus den wertvollen Trümmern des ad hoc zusammengeschlagenen Deutschlands herangeholt werden sollen. Ueber die einzelnen Teile des Vertragswerks vertreut finden sich die Zwangsmaßnahmen, die zusammen diese Wirkung sichern. Die zugrunde liegende Ueberlegung ist eine ganz einfache. Nie hat der kapitalistische Imperialismus, den man als den Organisator des Krieges zu bekämpfen vorgab, größere Orgien gefeiert als bei der Organisation dieses Friedens.

Tatsache der Vergangenheit: Deutschland ist in den Tagen seines Emporkommens, für die es keinen glänzenderen Ausdruck gibt, als die uns heute so betrüblich anmutenden Ziffern seiner Statistik, die erste politische und wirtschaftliche Macht auf dem europäischen Festlande gewesen. Tatsache der Gegenwart: Frankreich schickt sich an, nachdem es mit Hilfe seiner Verbündeten die führende politische Rolle an sich gerissen, sein militärisches Uebergewicht gesichert, auch als erster kontinentaler Industriestaat Deutschlands Erbe zu werden. Vielleicht stärker noch als der Haß ist in gewissen Kreisen Frankreichs die Eifersucht auf die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands. Man sah auch in diesem beispiellosen Aufschwung die Grundlage unserer Bevölkerungszunahme und damit unserer militärischen Stärke. Die Hoffnung, mit Mitteln des friedlichen Wettbewerbs uns von dieser Stellung herabzudrücken, hat man eigentlich nie gehegt. Man war sich der Hindernisse bewußt, die in der ganzen Volksart, in der technischen und wirtschaftlichen Struktur des französischen Wirtschaftslebens lagen. Man hat wohl auch nie recht daran geglaubt, durch einen glücklichen Krieg dieses Verhältnis aus der Welt zu schaffen oder gar in sein Gegenteil verkehren zu können.

Aber nun sieht man eine unerwartet günstige Konjunktur für Frankreich gekommen, wie sie, so sagt man sich, nie wiederkehren wird. Man hat sich rasch entschlossen, rücksichtslos und konsequent den Glücksfall auszunützen. Die Gelegenheit, die es wahrzunehmen galt, das Mittel, das zum Ziele führen mußte, waren rasch erkannt: die gewaltsame Annexion der deutschen Industrie, d. h. natürlich der führenden, der grundlegenden, der Schlüsselindustrien.

Jedes Kind weiß, daß es unsere Montanindustrie, die Arbeit in unseren Kohlengruben, Hochöfen, Hütten- und Stahlwerken gewesen ist, die uns in erster Linie hochgebracht hat. Wir haben (so kann man die Dinge auf eine einfache Formel bringen) im Jahre 1892 nur rund 5000 Tonnen Roheisen erzeugt, England aber 7000, die Vereinigten Staaten 9000, Frankreich 5000. Im Jahre 1913 aber war es so: Deutschland 19 000, England 12 000, Amerika 30 000, Frankreich 5000, und im entsprechenden Verhältnisse entwickelten sich die besonders wichtigen weiterverarbeitenden Industrien und im Zusammenhange damit der für unsere Ernährung und Volksentwicklung immer unentbehrlicher werdende Export. Es ist klar, daß diese ganze Industrie zugrunde gehen oder doch nur ein Schatten ihrer selbst werden muß, wenn man uns mit einem Schlage raubt: die Eisenerze Lothringens, die Kohlengruben und Eisenhütten des Saarreviers und die allen anderen europäischen an Mächtigkeit überlegenen Kohlenflöze Oberschlesiens. Zwar bleiben uns noch die Ruhrkohle und die Möglichkeit, den Erzbezug aus Schweden zu forcieren, nachdem wir des größten Teiles des eigenen Erzschatzes beraubt sind. Aber auch Vorsorge gegen diese Möglichkeiten hat der Vertrag des „Rechtsfriedens", über die einzelnen Artikel verstreut, getroffen: Beraubt er uns nicht der Schiffe, um die Massengüter, deren wir bedürfen, vorteilhaft vom Auslande heranzuschaffen? Bringt er uns nicht um unsere Zahlungsmittel und den Kredit in der Welt bringen? Und legt er uns nicht noch zum Ueberflusse eine Zwangsabgabe an Kohlen an Frankreich, Belgien und Italien auf Jahre hinaus auf, die mehr als die Hälfte der Produktion verschlingt, die uns dann überhaupt noch möglich sein wird? Der Plan ist so sorgsam durchdacht, daß man leider Gottes an seinem Gelingen nicht zweifeln kann.

Wenigstens an seinem Gelingen nach der Seite des Zerstörens hin. Ob er aber auch seine volle Wirkung in der Richtung des von dem französischen schwerindustriellen Kapital erwarteten Riesengewinns tun wird, das bleibt abzuwarten. Der Kalkül hat schon in bezug auf die Saarindustrie ein Loch, weil die annektierten Hüttenwerke das Absatzgebiet, das die vielverzweigte weiterverarbeitende Industrie in Deutschland ihnen bot, verlieren und nicht so schnell kein gleichwertiges in Frankreich selbst wieder gewinnen werden. Aber auch die Verwirklichung des größeren Kalküls, der sich an die Erschließung des französischen Erzbesitzes in der Normandie und Nordafrika knüpfte, hängt von so vielen wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsbedingungen ab, daß der Erfolg nicht von vornherein sicher ist. Tatsächlich ist ja Frankreich der größte Erzbesitzer unter allen Ländern Europas und hierin den Engländern ebenso überlegen wie uns. Darum meint es, es müßte nach Ausschaltung der deutschen Konkurrenz, die ihm natürlich auch wegen der Nachbarschaft zwischen Kohle und Erz überlegen war, über kurz oder lang zum führenden Eisenproduzenten Europas werden. Damit wäre dann die Annexion der industriellen Stellung Deutschlands vollzogen. Aber das große Fragezeichen, das nicht der Friedensvertrag und auch kein Bündnisvertrag aus der Welt schafft, besteht dann doch noch weiter: das ist der englische und vor allem der amerikanische Wettbewerb. Namentlich der letztere arbeitet unter so überaus günstigen natürlichen Bedingungen und mit einem so hochentwickelten technischen, Finanz- und Verkehrsapparat, daß er sich für die sehr rücksichtslosen französischen Methoden als eine erdrückende Macht erweisen kann. Und es ist doch sehr fraglich, ob die politische Sympathie auf die Entschließung der amerikanischen Dollarkönige von bindendem Einflusse sein würde. Es müßte dann zu einer französischen industriellen Expansion mit Hilfe amerikanischen Kapitals und amerikanischer Fachleute kommen. Aber es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen societas leonina das französische Wirtschaftsideal von vornherein begraben wäre.

Für uns freilich ist das nur ein schwacher Trost. Es kann uns schließlich gleichgültig sein, an welchen unserer Gegner und Nebenbuhler die Märkte in der Welt draußen, die wir verlieren, übergehen. Und wenn vielleicht auch die Franzosen umsonst hoffen, daß die kinderzeugende Macht der modernen Großindustrie auch dem französischen Volkskörper zu neuer Blüte verhelfen werde, so steht doch auch der weitere Rückgang unserer Bevölkerung als eine Folge der gewaltsamen Entindustrialisierung uns kaum abwendbar vor Augen. Der Ententekapitalismus hat an den deutschen Annexionisten, die ihr Auge auf das unentbehrliche Briey und Longwy geworfen hatten, eine blutige Rache genommen, die das ganze Volk bezahlen soll. Soll? Zunächst soll, kann und muß es bis zum äußersten versuchen, durch ein einmütiges, entschlossenes, tausendfaches „Nein!" den Boden wegzuziehen, auf dem die schmähliche Raubpolitik der andern Partei aufgebaut ist.

* * *

Die deutsche Delegation für die Ablehnung der bisherigen Friedensbedingungen.

Der Vertrag „in der gegenwärtigen Form unannehmbar".

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

bj. Versailles, 14. Mai.

Die Auffassung, die Scheidemann in seiner Rede vertreten hat, deckt sich völlig mit dem Standpunkt, den die deutschen Friedensdelegierten einnehmen. Auch hier hält man es für besser, einen Frieden, der als unannehmbar anzusehen ist, nicht nur, weil er Deutschland ruiniert und den Wiederaufbau unmöglich macht, sondern weil seine Bedingungen positiv nicht erfüllt werden können, nicht zu unterzeichnen, als die Unterschrift unter einen Vertrag zu setzen mit dem Bewußtsein, ihn nicht halten zu können.

Im Hotel des Reservoirs brachte der Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau heute abend der gesamten Delegation die drei Noten zur Kenntnis, welche er heute an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, gerichtet hatte. In einigen einleitenden Bemerkungen wies Graf Rantzau darauf hin, daß der Friedensvertrag in der gegenwärtigen Form **für Deutschland unannehmbar sei, und daß er auch von deutscher Seite nicht unterzeichnet werden kann**, weil es unmöglich sei, ihn zu erfüllen und weil die deutsche Delegation nichts unterzeichnen würde, was sie nicht zu erfüllen beabsichtige. Ministerpräsident Scheidemann habe in seiner gestrigen Rede denselben Standpunkt eingenommen und auch seiner Uebereinstimmung mit der bisherigen Haltung der deutschen Delegation Ausdruck gegeben.

Graf Rantzaus Bemühen, über Einzelheiten des Vertrages Verhandlungen herbeizuführen, erfolgt vornehmlich zu dem Zwecke, die Gegner sachlich zu überzeugen, daß Deutschland nicht imstande sei, alle ihm auferlegten Lasten zu tragen. Graf Rantzau verhehlt sich keinen Augenblick, daß wir als Geschlagene viele Opfer werden bringen müssen, aber die Opfer müssen innerhalb der Grenzen unseres Vermögens bleiben, sonst wird der beste Wille illusorisch. Die von den Unabhängigen empfohlene Politik, den Vertrag zu unterzeichnen und das weitere der Entwicklung zu überlassen, sei abzulehnen, weil sie illoyal wäre und die Zeit der Winkelzüge und Hintergedanken in der Politik vorüber sein müsse. Die Fachkommissionen arbeiten unausgesetzt weiter und bringen einige aus den Waffenstillstandsverhandlungen verbliebene Fragen bald zum Abschluß.

Paris, 14. Mai. (Havas.)

Der oberste Wirtschaftsrat hielt unter dem Vorsitz Lord Robert Cecils am Dienstag seine 16. Sitzung ab. Er beschloß, die wirtschaftliche Beschränkung gegen Ungarn bis zur Klärung der politischen Verhältnisse beizubehalten. Ferner erörterte der Rat die wirtschaftlichen Maßnahmen für **den Fall, daß Deutschland den Vorfrieden nicht unterzeichne.** Die zuständige Abteilung hat nach den Angaben des Rats einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die **Wiederherstellung einer strengen Blockade vorgesehen ist**, über deren Inkrafttreten der Viererrat beschließen würde. Der Viererrat befaßte sich auch mit den Ernährungsverhältnissen in den baltischen Provinzen.

* * *

b. Stockholm, 14. Mai.

Der schwedische Sozialistenführer Branting ist gestern in Stockholm eingetroffen und wurde vom „Aftonbladet" interviewt. Bezüglich der Friedensbedingungen erklärte Branting folgendes: „Ich hoffe, daß viele Modifikationen der Friedensbedingungen kommen werden, die so erheblich sein werden, daß Deutschland darauf wird eingehen können. Sicher ist, daß die Arbeiterparteien Frankreichs und Englands, wenn der Friedensvertrag im Parlamente vorgetragen wird, dagegen auftreten werden, falls der Friedensvertrag so aussehen sollte wie bisher. Henderson, mit dem ich gesprochen habe, war sich ganz im klaren darüber, daß sich seine Parteigenossen dagegen aussprechen werden. So entfernt ist man also von den Linien, die man sich zur Sicherung des Friedensschlusses gedacht hat." Auf die Frage, was Branting sich unter den „eventuellen Modifikationen" dächte, antwortete er: „Ich glaube nicht, daß diese so groß werden, wie Deutschland wünscht. Ich hoffe jedoch, daß sie ausreichen werden, um endlich den Weltfrieden herzustellen."

Brockdorffs Protest gegen die Abtretung deutscher Gebiete.

Deutschland nicht allein für den Krieg verantwortlich.

Versailles, 13. Mai. (W. T. B.)

Reichsminister Graf v. Brockdorff-Rantzau hat heute an den Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau folgende drei Noten gerichtet:

I) Versailles, den 13. Mai 1919.

Herr Präsident!

Entsprechend der Ankündigung in meiner Note vom 9. Mai d. J. überreiche ich die nachfolgende Aeußerung der volkswirtschaftlichen Kommission, die beauftragt ist, die Rückwirkung der in Aussicht genommenen Friedensbedingungen auf die Lage der deutschen Bevölkerung zu begutachten:

„Deutschland war im Laufe der letzten beiden Generationen vom Agrarstaat zum Industriestaat übergegangen. Als Agrarstaat konnte Deutschland 40 Millionen Menschen ernähren. Als Industriestaat war es in der Lage, die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen sicherzustellen. Die Einfuhr an Lebensmitteln betrug im Jahre 1913 rund 12 Millionen Tonnen. Vor den Kriegsjahren lebten in Deutschland vom auswärtigen Handel und der Schiffahrt — entweder direkt oder indirekt durch die Verarbeitung auswärtiger Rohstoffe — rund 15 Millionen Menschen.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages soll Deutschland seine für den Ueberseehandel taugliche Handelstonnage und Schiffsneubauten ausliefern. Auch sollen die Werften in den nächsten fünf Jahren in erster Linie für die alliierten und assoziierten Regierungen bauen. Deutschland büßt ferner seine Kolonien ein; die Gesamtheit seines Besitztums, seiner Interessen und Titel in den alliierten und assoziierten Ländern, in deren Kolonien, Dominien und Protektoraten soll — zur teilweisen Deckung der Entschädigungsansprüche — der Liquidation unterliegen und jeder anderen wirtschaftlichen Kriegsmaßnahme ausgesetzt sein, welche die alliierten und assoziierten Mächte in der Friedenszeit aufrechtzuerhalten oder neu einzuführen beschließen mögen.

Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages würden im Osten die wichtigsten Produktionsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren gehen; das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 Prozent der Gesamternte in diesen Lebensmitteln. Ueberdies würde unsere landwirtschaftliche Produktion in ihrer Intensität stark zurückgehen. Einmal wäre die Zufuhr von bestimmten Rohstoffen für die deutsche Düngemittelindustrie, wie Phosphaten, erschwert, sodann würde ebenso wie jede andere Industrie unter Kohlenmangel leiden, denn der Friedensvertrag sieht vor, daß wir fast ein Drittel unserer Kohlenproduktion verlieren; außerdem werden uns für die ersten 10 Jahre ungeheure Lieferungen an Kohle an bestimmte alliierte Länder auferlegt.

Weiter soll Deutschland nach dem Vertrage fast drei Viertel seiner Eisenerzproduktion und mehr als drei Fünftel seiner Produktion an Zink zugunsten seiner Nachbarn abtreten.

Nach dieser Einbuße an eigener Produktion, nach der wirtschaftlichen Lahmlegung durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte und der auswärtigen Besitztümer wäre Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in einem gewaltigen Umfange erlöschen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmitteleinfuhren erheblich steigen, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen, außerordentlich sinken müßte.

Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außerstande, den vielen Millionen auf Schiffahrt und Handel angewiesenen Menschen